

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei
Tagesblatt Rieser
Bismarckstr. 10.
Postfach Nr. 10.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wrobenheim, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Strotzler
Rieser Nr. 10

Nr. 53.

Dienstag, 4. März 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Entzugs von Produktionsunterstützungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Auftrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: "Kämpfer an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beschiebungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Das Vermächtnis der sudetendeutschen Märzgefallenen.

Von Othmar Kallina, Karlsbad, Mitglied des Prager Parlamentes.

O, deutsche Heimat, schlicht und echt,
noch ringst du schwer in Banden;
allein an deinem reinen Recht
dringt die Gewalt zusehender.
Du müßt dich erkern in der Not,
zur Kraft wird dir die Wunde,
und deine Sterne sind nicht tot;
sie harren deiner Stunde!

(Gans Wapfel)

Die Staaten der großen Entente mit dem Präsidenten Wilson an der Spitze verbündeten sich vor Abschluß der Waffenstillstandsbedingungen in der feierlichsten Weise, daß die nunmehr abzuschließenden Friedensverträge ausgebaut sein würden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Der nordamerikanische Staatspräsident erklärte ausdrücklich, daß der Entscheid in bezug auf Gebiete oder Oberhoheit, auf wirtschaftliche Abmachungen oder politische Beziehungen erfolgen muß auf der Grundlage der freien Annahme jenes Entscheides durch das unmittelbar betroffene Volk, nicht aber auf der Grundlage des materiellen Nutzens oder Vorteiles irgendeiner anderen Nation oder eines anderen Volkes. Auf Grund dieser Vereinbarungen und des auf dieser Grundlage erlassenen Manifestes des Kaisers Karl traten die frei gewählten Abgeordneten der geschlossenen deutsch-österreichischen Sprachgebiete mit Einfluß der sudetendeutschen Siedlungsgebiete am 21. Okt. 1918 in Wien zusammen und beschloßen die Gründung der Republik Deutsch-Österreich. So ging die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet Österreichs auf die deutsch-österreichische Nationalversammlung in Wien über und wurde durch das am 12. November 1918 beschlossene Gesetz, dessen Artikel II lautet: "Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik", auf verfassungsrechtlicher, also völkerrechtlicher Grundlage der Anschluß an das große deutsche Vaterland vollzogen. Die Stellungnahme der Feindmächte zu diesen Beschlüssen ließ bald erkennen, daß die Verkündung des heiligen Naturrechtes auf freie Entscheidung über das staatsrechtliche Schicksal der einzelnen Völker nur als Kriegskrieg gedacht war. Die mangelsweilige Eingliederung der dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen — unter Verdrängung der Durchführung einer Volksabstimmung — und das Verbot des Anschlusses Deutsch-Österreich an Deutschland waren der Ausfluß brutalen Machtwillens.

Der letzte Versuch der Sudetendeutschen, in machtvollen Kundgebungen am 4. März 1919 auf Weltkundtun, daß sie nicht dem Schicksal einerlei werden wollen, wurde mit blutiger Gewalt unterdrückt; 68 Tote und hunderte Schwerverletzte bedeckten die sudetendeutsche Wastmat! Daselbe Schicksal erlitten allein in Mitteleuropa 40 Millionen Menschen, die gegen ihren laut und feierlich verkündeten Willen fremdnationalen Staaten eingegliedert wurden. Mit vollem Recht hat der ehemalige italienische Ministerpräsident Ritti in richtiger Beurteilung dieser Entwicklung den Satz geprägt, daß ein wahrer Frieden in Europa erst eintreten wird, bis diese vielen Millionen um ihr Selbstbestimmungsrecht bezogener Menschen ihre Sklavenseiten abgeworfen haben werden.

Das Schicksal der dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen ist innig verknüpft mit dem der Deutschösterreicher und wird letzten Endes entscheidend beeinflusst von der Haltung der Volksgenossen im Deutschen Reich. Der gegen das deutsche Volk in Mitteleuropa geführte Weltkrieg hat zu einer gewaltigen Schwächung aller deutschen Volksteile geführt. Es wäre vermessen, zu glauben, daß die furchtbaren Auswirkungen der Niederlage in wenigen Jahren überwunden werden könnten. Die neuen Staatsgewalten haben mit aller Rücksichtslosigkeit den Kampf gegen die deutschen Grenzgebiete mit dem Ziele, diese in gemischtsprachige zu verwandeln, aufgenommen. Der gigantische Kampf der deutschen Volksgenossen im Reich gegen die wirtschaftliche und finanzielle Verflavung, wie er gerade jetzt anläßlich der Verhandlungen über den Young-Plan im Reichstag in den Vordergrund tritt, läßt uns noch Schwere befürchten. Einer klugen politischen Führung ist es unter Ausnutzung der ungeheuerlichen Friedensdiktatbestimmungen und der Mißgunst der interessierten Staaten zu danken, daß Deutschösterreich wenigstens teilweise seine finanzielle und damit auch politische Freiheit des Handelns zurückgewonnen hat.

Für den Ausgang des gewaltigen Ringens des Deutschums in Mitteleuropa wird entscheidend sein, ob die innere Volksoberwindung stärker ist als alle gleichzeitigen Verleumdungen wirtschaftlicher oder politischer Versprechungen jenseits einzelner Teile. Entscheidend wird sein, daß die deutschen Siedlungsgebiete über die Not der Gegenwart als solche erhalten bleiben. Sollen die Freiheitsopfer des 4. März 1919 nicht vergeblich gebracht worden sein, dann müssen alle Sudetendeutschen in der Heimat, im Reich, in Deutschösterreich zusammenstehen, durchglüht von dem heiligen Willen, deutsch ererbten Heimatboden deutsch zu erhalten. Hierzu sind notwendig starke politische Willenskraft, große finanzielle Opfer und moralische Unterstützung von jenseits der Grenzen.

Das deutsche Volk wird nur dann einer schöneren Zukunft entgegengehen können, wenn es aus seiner Volks-

Auf der Suche nach einer gemeinsamen Steuerplattform.



Reichsfinanzminister Hjalmar Schacht.

* Berlin. Die die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wurden am Montag im Reichskabinett neben den Steuerentlastungsforderungen für 1931 gewisse Vermittlungsansätze erörtert, die dazu dienen sollen, die Gegensätze innerhalb der Reichsregierung in der Frage der zu bedeckenden 100 Millionen für die Arbeitslosenversicherung zu beheben und auch für die Regierungsfaktionen eine gemeinsame Steuerplattform abzugeben. Soweit derartige Pläne in irgendeiner Form auf eine direkte Steuer hinauslaufen, werden sie auch in der Form der Zwangsanleihe von der Deutschen Volkspartei abgelehnt, können also nicht als geeigneter Weg zur Vermeidung einer Regierungskrise angesehen werden.

Weitere Kabinettsverhandlungen.

Mit größter politischer Spannung verfolgte ganz Deutschland die Sitzung des Reichskabinetts am Montag mittags. Jedermann konnte die entscheidenden Beschlüsse des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei und eingeweihte Kreise wußten, daß der Reichsaussenminister Dr. Curtius sich mit seinem Freunde Dr. Hjalmar Schacht solidarisch erklärte. Hätte Reichskanzler Müller eine akute Kabinettskrise gemahnt, dann hätte er nur eine Abstimmung über das Retopier der Festbaldaten herbeiführen brauchen. Wenn dies nicht geschehen, sondern diese ganze Frage vertagt wurde, so geht daraus unzweifelhaft hervor, daß Reichskanzler und Reichspräsident den festen Willen haben, innerpolitische Verwicklungen in den nächsten Tagen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Das Kabinett tat, was die Stunde gebot. Es beauftragte den Herrn Reichsfinanzminister Dr. Hjalmar Schacht, nach neuen Möglichkeiten zu suchen, um eine akute Krise zu vermeiden. Dabei wurden ihm die Vermittlungsansätze

persönlichkeit heraus die Kraft entwickelt, das deutsche Kerngebiet, also die mitteleuropäischen Sprachgebiete, unvermindert zu erhalten.

Das Schicksal der deutschen Grenzgebiete wird das Schicksal des ganzen Volkes sein!

Erst dann, wenn alle Deutschen dieser Auffassung huldigen, aber auch bereit sein werden, alle jene Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, die grenzdeutschen Gebiete zu sichern, werden die Opfer des 4. März nicht umsonst gefallen sein.

Gemeinschaftskonferenz. — Japan und Amerika.

(London. Der diplomatische Korrespondent des Daily Herald meldet: Es ist so gut wie sicher, daß die japanische Regierung die Vorschläge, die jetzt von der amerikanischen Delegation unterbreitet worden sind, im wesentlichen annehmen wird. Ob sie sich in den Rahmen eines allgemeinen Abkommens einfügen lassen werden, kann erst nach Rückkehr der Franzosen zur Konferenz festgestellt werden. Die Japaner hatten ursprünglich 70 Prozent Kreuzerentonnage, das sind 228 000 Tonnen, verlangt, Washington hatte 60 Prozent, das heißt 196 000 Tonnen, vorgeschlagen. Der neue amerikanische Vorschlag würde, wie verlautet, den Japanern eine Tonnage von 208 200 Tonnen zubilligen. Bezüglich der Zerstörer hatten sich keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten gezeigt. Bei der Divergenz wegen der Flugzeugmutterkisten handelt es sich nur um ein Fahrzeug. Erste Unterschiede in der beiderseitigen Auffassung bestehen wegen der Unterseeboote. Nach amerikanischer Auffassung sollen Großbritannien und Amerika je 60 000 Tonnen Unterseeboote haben, auf Grund der Washingtoner Verhältnistabelle würde Japan dann nur 30 000 Tonnen er-

halten. Japan will aber unter allen Umständen seine jetzige Tonnage von 77 000 beibehalten. Stimmon und Wafatlast hoffen aber, bis zur Rückkehr der Franzosen eine Vereinbarung zu erreichen, der Großbritannien, Frankreich und Italien zustimmen können. (New York. An die amerikanische Delegation in London wurde telegraphisch ein Aufruf geschickt, die Zerstörungen nicht nur zu begrenzen, sondern zu vermindern. Der Aufruf ist von zwölftausend hervorragenden Persönlichkeiten unterzeichnet, darunter den Präsidenten von mehr als zweihundert der größten Universitäten und Hochschulen, den Gouverneuren von 8 Staaten und einer Anzahl bekannter Geschäftsleute und Geistlicher. Der Aufruf ist ein Echo der wenig optimistisch lautenden Meldungen von der Londoner Konferenz. Die Unterschriften wurden innerhalb von zweieinhalb Stunden gesammelt. (London. In einer von London durch Funkpruch nach Amerika übertragenen Rede äußerte gestern der amerikanische Marineminister Adams: Die Vereinigten Staaten wünschen eine Flotte, die nicht größer ist, als es die nationale Sicherheit erfordert. Wenn der Rüstungswettbewerb in Kreuzern, Zerstörern und Unterseebooten anbauern würde, dann würde es zweifellos eine ständig zunehmende Zahl von unangenehmen Zwischenfällen geben, und unsere Flotte würde unter dem Einfluß kampfbarer Vereiztheit aufgebaut werden.

Vor der Kabinettsitzung.

Berlin. (Funkpruch.) Im Reichstag trat heute vormittag der Fraktionsvorkand der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen, an der auch Reichsfinanzminister Hjalmar Schacht teilnahm. Reichsaussenminister Curtius ist immer noch krank. Die Sitzung des Kabinetts über Deckungsvorlagen für den Etat 1930 wird erst heute nachmittags 4 Uhr fortgesetzt.

Die Bemühungen um ein Finanzkompromiß.

Berlin. (Funkpruch.) Reichsfinanzminister Dr. Hjalmar Schacht legt seine Bemühungen um einen Ausweg aus den Schwierigkeiten der Etatdeckung fort. Und zwar verhandelte er, nachdem gestern das Reichsfinanzministerium unter sich die möglichen Pläne beraten hatte, heute vormittag mit seinen Parteifreunden. Der Schlüssel zur Lage liegt nämlich auch weiter in den Händen der Deutschen Volkspartei. Es handelt sich jetzt darum, dem Retopier eine Form zu geben, die es auch der Deutschen Volkspartei möglich macht, zuzustimmen. Heute nachmittag tritt das Reichskabinett zusammen. Es wird aber nicht angenommen, daß bis dahin bereits eine Einigung möglich ist. Vielmehr dürfte das Kabinett die Entscheidung noch einmal auf morgen vertagen. In parlamentarischen Kreisen wird die Situation jetzt optimistischer bezeichnet.

Generalkrieg in Valencia ausgerufen.

Madrid. In Valencia wurde am Montag ein 24stündiger Generalkrieg ausgerufen als Sympathieunterstützung für den Streit in Sagunto. Die Regierung hat weitgehende Sicherheitsmaßnahmen getroffen, um irgendwelchen Ausbreitungen von Seiten der Streitenden gewachsen zu sein.